

Das Rostocker Magazin „Stadtgespräche“ hatte im Frühjahr 2024 einen Infofilm erstellt und zusammen mit weiteren Informationen zum Thema „Bürgerbeteiligung“ unter www.stadtgespraeche.org/bb.php allen Parteien und Wählervereinigungen zugänglich gemacht, die im Juni zur Kommunalwahl antreten. Anschließend sind die Parteien zu ihren jeweils konkreten Vorstellungen dazu für Rostock gefragt worden. Hier finden Sie die Antworten.

1. Welche Aussage des von uns bereit gestellten Film ist aus Ihrer Sicht die wichtigste? Gibt es darin auch Aussagen, denen Sie in dieser Form nicht zustimmen würden – und wenn ja, warum nicht?

Zunächst möchten wir herausstellen, dass auch wir als Rostocker CDU die Ansicht darüber teilen, dass in politischen Prozessen verstärkt Wert auf Formate der Bürgerbeteiligung gelegt werden sollte, da dies eine essenzielle Säule für eine gesunde und lebendige Demokratie darstellt. Eine lebendige Demokratie zeichnet sich mittlerweile eben nicht nur durch regelmäßige Wahlen und die Vertretung der Bürgerinteressen durch gewählte Parlamente aus, sondern auch durch die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse. Die im Film dargestellte Aussage, dass Bürgerbeteiligung von Anfang an in politische Prozesse integriert werden muss, ist für uns dabei eine Kernaussage. Es sollte verhindert werden, dass der Beteiligungsprozess als nachträgliches Zugeständnis wahrgenommen wird, sondern als integraler Bestandteil des Entscheidungsfindungsprozesses. Durch frühzeitige und transparente Beteiligungsverfahren können so potenzielle Konflikte und Missverständnisse vermieden werden. In unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl machen wir deutlich, dass wir dafür eintreten, dass die Politik in unserer Stadt die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen besser versteht und nicht daran vorbeiredet. Wir wollen daher von Anfang an Bürgerbeteiligung ermöglichen, aber auch zügige Umsetzungen gewährleisten, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Prozess aufrechtzuerhalten. Es ist ein Schritt hin zu einer lebendigeren und einladenden Demokratie, die auf den Prinzipien der Partizipation, Transparenz und Rechenschaftspflicht basiert.

2. Wollen Sie in der kommenden Bürgerschaftslegislatur neue oder bestehende Formate der Bürger:innenbeteiligung nutzen, um die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen? Falls Ja: Welche Schritte planen Sie konkret – und inwiefern beinhaltet das auch eine Nutzung etablierter Beteiligungsformate?

In der kommenden Legislatur setzen wir uns für eine vielfältige Bürgerbeteiligung ein, die sowohl bestehende Formate stärkt als auch Raum für innovative Ansätze lässt. Zunächst möchten wir die bereits etablierten Gremien verstärkt nutzen, insbesondere die Ortsbeiräte. Diese spielen eine entscheidende Rolle bei der Um-

setzung von Stadtteil-Projekten und sollten daher vor allem frühzeitig in den Planungsprozess mit einbezogen werden. Ihre Expertise und ihr direkter Kontakt zu den Bewohnern vor Ort ermöglichen eine praxisnahe Umsetzung und eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir sind uns bewusst, dass potenzielle neu zu entwickelnde Beteiligungsformate kostenintensiv sein können und dass nicht jede der dargestellten Maßnahmen (s. Informationsseite) umsetzbar ist. Daher ist es wichtig, eine sorgfältige Überprüfung vorzunehmen und die finanziellen Aspekte zu berücksichtigen. Dennoch möchten wir auch neue Ansätze nicht von vornherein ausschließen, sondern sie im Rahmen der Möglichkeiten prüfen und gegebenenfalls mit nutzen.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Beteiligung auch wirklich genutzt werden?

Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung effektiv genutzt werden, setzen wir auf eine transparente und verantwortungsvolle Arbeitsweise. Dies beinhaltet in Abhängigkeit des jeweiligen Formates zunächst eine gründliche Dokumentation und Auswertung der Ergebnisse, um die Anliegen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger genau zu erfassen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger die Ergebnisse der Beteiligung ernst nehmen und in ihre Planungsprozesse integrieren. Dafür ist es unabdingbar, dass die Ergebnisse in den entsprechenden politischen Gremien diskutiert und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen oder die Einbindung von Experten erfolgen. Des Weiteren braucht es eine offene Kommunikation und einen regelmäßigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, um über den Fortschritt der Umsetzung zu informieren und gegebenenfalls weitere Rückmeldungen zu erhalten. Durch diese kontinuierliche Dialogbereitschaft muss sichergestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in den Prozess haben und sich auch zukünftig aktiv beteiligen.

4. Was braucht es noch, um mehr Bürger:innenbeteiligung für die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt zu nutzen? Und was braucht es damit die gesetzlich festgeschriebene Kinder- und Jugendbeteiligung endlich auch in Rostock gelingt?

Angesprochen auf die Kinder- und Jugendbeteiligung wäre es im ersten Schritt wichtig, dass der im vergangenen Jahr getroffene Bürgerschaftsbeschluss über die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirats konsequent umgesetzt wird. Dieser Beirat bietet eine wichtige Plattform für die Beteiligung von jungen Menschen an der Stadtpolitik und sollte daher aktiv unterstützt und gefördert werden. Darüber hinaus muss die Arbeit dieses Beirats langfristig gesichert werden, um eine kontinuierliche Einbindung von Jugendlichen in die politischen Entscheidungsprozesse zu gewährleisten. Nur so kann ihre Perspektive angemessen berücksichtigt werden und ihre Interessen in den politischen Diskurs einfließen. Neben der Kinder- und Jugendbeteiligung ist es aus unserer Sicht ebenso von Bedeutung, den Fokus auf ältere Menschen zu richten. Auch sie sollen durch vielseitige Beteiligungsmöglichkeiten aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden. Die Verstärkung von Seniorenbeiräten und der Ausbau von Seniorentagen sind daher ebenfalls wichtige Ziele, um zu gewährleisten, dass auch ihre Bedürfnisse und Anliegen gehört und berücksichtigt werden. Als Rostocker CDU sind wir der Auffassung, dass es eine ganzheitliche und differenzierte Herangehensweise braucht, die sowohl die jungen als auch die älteren Generationen einbezieht. Nur so lässt sich eine lebendige Bürgerbeteiligung erreichen.